Der Harz-Bote

„Der Harz-Bote“ erscheint wöchentlich zweimal, Mittwoch und Sonnabend mittag. Druck und Verlag von B. Angerstein Nachf. (H. Paulus). Für die Redaktion verantwortlich H. Schlüter, Elbingerode. — Fernruf Nr. 19.

Elbingeröder Zeitung

Abonnementspreis vierteljährl. Mark '.—, durch die Post bezogen Mark '.— ausschl. Bestellgeld. — Inserate kosten für die Stadt und das vormalige Amt Elbingerode pro Zeile 40 Pfennig, nach auswärts Mark 1.—.

Amtliches Blatt des Landratsamts Ilfeld für das vormalige Amt Elbingerode und für die Stadt Elbingerode

Nr. 3 — Mittwoch den 11. Januar 1922 — 56 Jahrgang.

Amtliches

Bekanntmachung.

Betrifft Jugendausschuß der amtlichen Fürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge des Kreises Ilfeld.

Gemäß der Richtlinien für die Verwaltung und Verwendung der Sondermittel zugunsten der Kriegerwaisen und der Kinder Kriegsbeschädigter wird für den Bereich der amtlichen Fürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge des Kreises Ilfeld ein Jugendausschuß gebildet; als Mitglieder werden berufen:

A. Als Vertreter der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenvereinigungen:

1. Postgehilfe Hugo Gerlach in Wiegersdorf, 2. Witwe Else John in Ilfeld, Vertreter; 3. Postbote Karl Hirschelmann in Ilfeld, 4. Witwe Johanne Neuwerth in Ilfeld, Ersatzleute.

B. Als Vertreter der privaten Jugendwohlfahrtspflege:

1. Lehrer Bauche in Ilfeld, 2. Frau Pastor Rasch in Niedersachswerfen, Vertreter; 3. Rentner von Welch in Ilfeld, 4. Frau verw. Kreisarzt Dr. Gerlach in Ilfeld, Ersatzleute.

C. Als Vertreter der öffentlichen Jugendwohlfahrtspflege.

1. Der Kreismedizinalrat des Kreises Ilfeld, 2. Kreisfürsorgerin, Schwester Hildegard Mahke in Ilfeld, Vertreter; 3. Konsistorialrat D. Cohrs in Ilfeld, 4. Diakonissenschwester Emilie Halbauer in Ilfeld, Ersatzleute.

Die Wahldauer ist noch unbestimmt.

Ilfeld, den 22. Dezember 1921.

Amtliche Fürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge.

Frhr. Quadt.

Bekanntmachung.

betr. Vertrauensmännerwahlen zur Angestelltenversicherung.

Der in der II. Vorschlagsliste B an erster Stelle genannte Geschäftsführer der Allgemeinen Orts- und Landkrankenkasse des Kreises Ilfeld, Hartig in Wiegersdorf heißt mit Vornamen nicht „Alfred“ sondern „Alfons“ was in Berichtigung meiner Kreisblattbekanntmachung vom 28. Dezember v. Js. antragsgemäß bekannt gegeben wird.

Ilfeld, den 5. Januar 1922.

Der Landrat: Frhr. Quadt.

Bekanntmachung.

betr. Kriegswohlfahrtsausgaben

Höheren Orts ist hierher mitgeteilt worden, daß zu den in den Monaten April 1920 bis März 1921 geleisteten Kriegswohlfahrtsausgaben eine Beihilfe in Höhe von etwa 60 v. H. bewilligt worden ist. Die Zahlung der Beihilfe erfolgt demnächst durch die Regierungshauptkasse.

Ilfeld, den 6. Januar 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. A.: Magerhans

Kreisausschuß-Obersekretär.

Bekanntmachung.

Polizeiverordnung, betreffend das Verbot öffentlicher karnevalistischer Veranstaltungen.

Auf Grund der §§ 6, 12, 13 der Verordnung vom 20. September 1867 (Gesetzsamml. S. 1529) sowie der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsamml. S. 195) wird mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Hildesheim folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Oeffentlichkeit karnevalistischer Veranstaltungen aller Art sind verboten.

Unter dies Verbot sollen insbesondere: 1. die Veranstaltungen öffentlicher karnevalistischer Umzüge und sonstige karnevalistische Veranstaltungen unter freien Himmel, 2. die Veranstaltungen öffentlicher karnevalistischer Aufführungen, öffentlicher karnevalistischer Vorträge und öffentlicher karnevalistischer Tanzlustbarkeiten in geschlossenen Räumen.

§ 2. Verboten ist auf öffentlichen Straßen und Plätzen, in öffentlichen Lokalen, bei öffentlichen Veranstaltungen oder Versammlungen, 1. das Tragen karnevalistischer Verkleidungen oder Abzeichen jeder Art, 2. das Singen, Spielen und Vortragen karnevalistischer Lieder, Gedichte und Vorträge, 3 das Werfen von Luftschlangen, Konfetti und dergleichen.

§ 3 Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mk., an deren Stelle, wenn die Geldstrafe nicht beizutreiben ist, entsprechende Haftstrafe tritt, bestraft. Der Bestrafung unterliegen Veranstalter, Teilnehmer, sowie derjenige, der zu Veranstaltungen der in dieser Verordnung genannten Art auffordert, einlädt oder sie in seinen der Oeffentlichkeit dienenden Räumen duldet.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

Hildesheim, den 29 Dezember 1921.

Der Regierungspräsident.

Veröffentlicht! gez. Kutscher.

Ilfeld, den 6. Januar 1922.

Der Landrat: Frhr. Quadt.

Bekanntmachung

für die Gemeindebehörden, betr. Vergnügungssteuer

Bekanntlich müssen die Gemeindebehörden die von ihnen beschlossenen Steuerordnungen bis zum **1. Februar ds. Js.** in 3facher Ausfertigung nebst einer beglaubigten Abschrift des Beschlußprotokolles der Gemeindevertretung hier vorlegen.

In den, den Gemeinden diesseits übersandten Mustersteuerordnungen sind die Steuersätze für die einzelnen Vergnügungen absichtlich nicht angegeben. Nach dem Ministerialerlaß vom 20. v. Mts. können die Gemeinden bis zu dem **doppelten** Betrage der in der Steuerordnung des Artikels II der Reichsratsbestimmungen enthaltenen Sätze gehen, d. h. es können die im Reichsgesetzblatt 1921 Seite 856 aufgeführten **Mindestsätze** auf das **doppelte** von der Gemeindevertretung beschlossen werden.

Ich ersuche die Gemeindebehörden, dies bei der Beschlußfassung beachten zu wollen. Die von den Gemeinden bereits eingesandten Steuerordnungen werden zur evtl. Aenderung den Gemeindebehörden zurückgesandt. Die Ordnungen sind nach evtl. Berichtigung ebenfalls bis zum **1. Februar d. Js.** hier wieder vorzulegen.

Ilfeld, den 7. Januar 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Frhr. Quadt.

Bekanntmachung

Einige dringende Wohnungsfälle, sowie die zum Teil unwürdige Behausung einer Anzahl Einwohner der Stadt, zwingen die unterzeichneten Behörden Umschau zu halten, wo, bis zur Behebung der Not durch Neubauten, einige notleidenden Familien untergebracht werden können.

Beauftragte der unterzeichneten Behörden werden in den nächsten Tagen von 3 Uhr nachmittags ab ihre Arbeit beginnen.

Elbingerode, den 10. Januar 1922.

Wohnungsamt. **Mieteinigungsamt.**

Bekanntmachung.

Den Bürgern unserer Stadt, die, um keinen Verdienstausfall zu haben, meine gewöhnliche Sprechstunde nicht besuchen können, werde ich **jeden Mittwoch** von 5–7 Uhr abends im Rathause für **Rat und Auskunft** zur Verfügung stehen.

Elbingerode, den 10. Januar 1922.

Selke, Bürgermeister.

Lokales

und aus dem Harzgebiet.

Elbingerode, den 11. Januar 1922.

— **Die neuen Postgebühren nicht vergessen!** Man kann keinem Menschen zumuten, das hohe Strafporto zu zahlen. Seit 1. Januar kosten: Postkarten: im Ortsverkehr 75 Pfg., im Fernverkehr 1,25 Mk. Briefe: im Ortsverkehr bis 20 Gramm 1,25 Mk., über 20 Gramm bis 250 Gramm 2 Mk., im Fernverkehr bis 20 Gramm 2 Mk. 20—100 Gramm 3 Mk., 100—250 Gramm 4 Mk.

— **Der Wert der deutschen Mark** betrug am Sonnabend und Sonntag in Amerika 2,27 Friedenspfennige. Das entspricht einer Bewertung des Dollars mit 186,91 Mark, während in Berlin am Sonnabend amtlich 185,56 Geld notiert wurde.

— **Der Stand der deutschen Mark.** Die deutsche Mark erfährt gegenwärtig im Zusammenhang mit den bisherigen Ergebnissen von Cannes eine Höherbewertung, nämlich in Amerika auf 2,54 Friedenspfennige (Notiz von Montag abend). Das entspricht einer Bewertung des Dollars mit 157,58 Mk., während in Berlin Montag amtlich 168,33 Geldkurs notiert wurde.

— **Festsetzung eines angemessenen Kartoffelpreises für die Provinz Hannover.** Auf Anordnung des Staatskommissars für Volksernährung sind in den einzelnen Provinzen Ausschüsse zur Ermittlung der Kartoffelpreise, bestehend aus Vertretern der Landwirtschaft, des Kartoffelhandels, der Genossenschaften und der Verbraucher, zu bilden mit der Aufgabe, angemessene Preise an Hand gewisser Richtlinien zu ermitteln. Für die Provinz Hannover tagte diese Kommission am 29. d. Mts. Nach langwierigen Verhandlungen, in denen auf der einen Seite die Steigerung der Produktionskosten, auf der anderen Seite die Not der Verbraucherkreise, besonders der großstädtischen Bevölkerung, gebührend hervorgehoben wurde, wurde in der Form eines Gutachtens ein Erzeugerpreis waggonfrei Verladestation von 80—85 Mk. für rote und weiße Kartoffeln und 85—88 Mk. für gelbfleischige Kartoffeln pro Zentner als den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen angemessen betrachtet. VDH.

— **Wegen der Entschädigungspflicht für Maul- und Klauenseuche ist folgendes zu beachten:** „Der Tod oder die Notschlachtung eines Tieres gilt dann als durch die Maul- und Klauenseuche veranlaßt, wenn sie nach dem Zerlegungsbefund auf Organveränderungen zurückzuführen sind, die direkt der Einwirkung des Ansteckungsstoffes der Maul- und Klauenseuche ihre Entstehung verdanken. Alle Todes- oder Notschlachtungsfälle, soweit sie durch andere Krankheiten bedingt werden, welche zur Maul- und Klauenseucheerkrankung hinzugetreten sind, oder nachträglich sich an diese anschließen (sogenannte Begleit-, Neben-, Nach- oder Folgekrankheiten, wie Euterentzündung, Panaritium, Sehnenscheiden- und Gelenkentzündungen, Haut-, Unterhaut- und Muskelvereiterungen, Verjauchungen, Lungenentzündungen, Gebährmutterentzündungen, chronische Herzerweiterung, Lungenblähung, allgemeines chronisches Siechtum usw.) scheiden für die Entschädigung aus.“

— **Wann zahlt man Wohnungsluxussteuer?** Für die Wohnungsluxussteuer hat der Reichsarbeitsminister allgemeine Grundsätze aufgestellt. Der Ertrag darf nur zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und der Siedlung verwendet werden. Die Steuer darf nicht nach der Größe der Wohnfläche allein bemessen werden. Steuerfrei bleiben bei einer Einzelperson mit eigenem Haushalt wenigstens 3, für 2 Personen wenigstens 4, sonst 1 mehr als die Zahl der Personen. Räume zu dienstlichen, beruflichen oder gewerblichen Zwecken sind nicht zu zählen. Dienstwohnungen der Reichsbeamten bleiben innerhalb der von der Regierung bestimmten Grenzen steuerfrei. Dies gilt auch für sonstige Räume, die als erforderlich erachtet werden, ausdrücklich auch für den Gerichtspräsidenten, die Beamten der Reichsbank und die Wehrmacht, die Staatspräsidenten und Beamte der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, die Schutzpolizei, die Beamten der sonstigen Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechtes. Als Wohnräume gelten nicht Flur, Gang, Vorsaal, Veranda, Küche, Bad usw. Wohnungen bis zu 6 Räumen, die nach dem 1. Juli 1918 fertig gestellt sind, bleiben steuerfrei.

— **100 000 Mark Strafe für Schleichhandel.** Vor der Strafkammer in Magdeburg gelangte ein Schleichhandelsprozeß zur Verhandlung, der typisch für die Art der Geschäfte ist, durch die sich Schleichhändler Riesenvermögen auf Kosten der Allgemeinheit ergaunern. Angeklagt waren der Kaufmann Dankworth, der Kartoffelgroßhändler Fuhrmann, der Mehlhändler Fröhlich, sowie vier Landwirte aus dem Neuhaldenslebener Kreise. Dankworth hatte bei den Landwirten Weizen zum Preise von 160 bis 200 Mark für den Zentner gekauft, das Korn bei verschiedenen Mühlen mahlen lassen und dann das Mehl durch Fröhlich und Fuhrmann für 390 bis 425 Mark an Magdeburger Bäckermeister verkaufen lassen. Beim Einkauf und Verkauf bediente er sich Briefbogen mit dem Aufdruck „Lebensmittelamt der Stadt Magdeburg“ sowie eines Stempels mit dem Aufdruck „Magistrat der Stadt Magdeburg“. Dankworth wurde wegen Schleichhandels und Urkundenfälschung zu neun Monaten Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe, die übrigen Angeklagten zu Geldstrafen von 3000 bis 5000 Mark verurteilt und das von Rechts wegen.

Umsatzsteuerfreiheit der Genossenschaften. Die Vereinigung niedersächsischer Handelskammern in Hannover schreibt uns: „Wenn die Berufsvertretungen von Handel, Handwerk und Industrie der Erhöhung der Umsatzsteuer trotz entgegenstehender großer Bedenken zugestimmt haben, so geschah dies aus dem Gefühl heraus, daß jeder Beruf nach Maßgabe seiner Kräfte mithelfen müsse, der schweren Finanznot des Reiches zu steuern. Kaum glaubhaft, aber doch verbürgt, kommt jetzt die Nachricht, der Steuerausschuß des Reichstages habe beschlossen, Genossenschaften, Konsumvereine und dgl. von der Umsatzsteuer gänzlich zu befreien! Dieser Beschluß, gegen den sich die Reichsregierung selbst mit dem Hinweis gewandt hat, daß 6—8 Milliarden Mark Minusertrag für das Reich die Folge sein würde, bedeutet für Handel und Handwerk, ja für den ganzen gewerblichen Mittelstand, einen Schlag ins Gesicht. In einer Zeit, wo die gewerblichen Betriebe, namentlich die mittleren und kleineren Umfangs durch Sondersteuern aller Art (ungewöhnlich hohe Gewerbesteuern usw.) in ihrer Wettbewerbs- und Lebensfähigkeit stark beeinträchtigt werden, halten es Volksvertreter für angezeigt, die schärfste Konkurrenz des freien Handels und des freien Handwerks, die Genossenschaften, die schon an sich von Reichswegen vielfach begünstigt werden, nun auch noch in steuerrechtlicher Beziehung ganz ungewöhnlich zu bevorzugen. Die Vereinigung Niedersächsischer Handelskammern erhebt gegen diesen Beschluß, der wie Hohn auf den Grundsatz der Steuergerechtigkeit anmutet, schärfsten Einspruch. Sie hat sich in telegraphischen und schriftlichen Protesten an die Reichsregierung und an die Fraktion des Reichstags gewandt. Ferner wurden die maßgebenden Reichstagsabgeordneten aus Niedersachsen gebeten, sich mit allen Kräften gegen die Annahme des Ausschußbeschlusses durch das Plenum einzusetzen und insbesondere auf namentliche Abstimmung im Reichstage zu dringen, damit man draußen im Lande erfährt, welche Abgeordneten und welche Parteien eine solche mittelstandsfeindliche Steuerpolitik mitzumachen gewillt sind.“

— Vom Provinzialverband können den Besitzern von Einhufern, die an festgestellter oder mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmender übertragbarer Blutarmut (Anämie) gefallen oder wegen Verdachts dieser Seuche auf Verlangen oder mit Genehmigung der Provinzialverwaltung getötet sind, Beihilfen in Höhe von 4/5 des gemeinen Wertes der Tiere gewährt werden. Die Begutachtung, ob die Seuche für die Beihilfen-Gewährung als festgestellt oder mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, geschieht durch eine Kommission auf Grund von Richtlinien, die von der Provinzialverwaltung erlassen werden. Letztere bestimmt auch die Zusammensetzung der Kommission. Die Beihilfen können nicht gewährt werden, wenn der Besitzer oder dessen Vertreter den von der Kommission oder der Provinzialverwaltung getroffenen Anordnungen nicht nachkommt. Diese Bestimmungen sollen vom 1. Oktober 1921 in Kraft treten. Vorstehende Bestimmungen werden bei Zustimmung des Provinziallandtages demnächst als § 1 a der Viehseuchenentschädigungssatzung für die Provinz Hannover derart eingefügt werden, daß die sämtlichen anderen für die Entschädigungen des § 1 der Satzungen geltenden Bestimmungen auch für die Beihilfen-Gewährung in Anwendung zu bringen sind. Dieses gilt insbesondere von den Bestimmungen des § 3 (Anrechnung der Versicherungssumme und der noch verwertbaren Teile auf die Beihilfe) der §§ 4 und 5 (Ausschließung der Beihilfen) und des § 6 (Aufbringung der Kosten im Umlageverfahren). Auch die geltenden Bestimmungen über das Abschätzungsverfahren zwecks Feststellung des Wertes finden hier Anwendung, während dagegen die Feststellung des Krankheitszustandes durch die von uns eingesetzte Kommission geschieht. Demnach würden zur Erlangung der vorstehend genannten Beihilfen die Anträge der Besitzer durch die Herren Landräte bezw. die Magistrate nebst den erforderlichen Unterlagen (tierärztlicher Befund und Schätzungs-Protokoll) an uns einzureichen sein, zurückliegende Fälle kommen nur bis einschließlich 1. Oktober in Betracht. Da die vom Provinzialausschuß beschlossene Beihilfs-Gewährung zu ihrer Rechtsgültigkeit bestimmungsgemäß nach der Genehmigung des Provinziallandtags sowie des Herrn Landwirtschaftministers bedarf, werden zwar die jetzt eingehenden Anträge, deren Einreichung sich ohne Verzug und laufend empfiehlt, ohne Aufschub bearbeitet und Entscheidung darüber getroffen werden, ob und in welcher Höhe den geschädigten Besitzern eine Beihilfe zu gewähren ist, jedoch muß die Auszahlung der Beihilfen bis zur Beschlußfassung durch den Provinziallandtag und den Herrn Minister aufgeschoben werden, falls nicht ganz besondere Umstände eine sofortige Auszahlung die unter dem Vorbehalte der — allerdings kaum zu erwartenden — Nichtgenehmigung seitens der genannten Stellen erfolgen würde, rechtfertigen würde. Den Besitzern ist ein Rechtsanspruch auf die Beihilfe nicht gegeben.

Blankenburg. Die Stadtverordneten beschlossen mit allen gegen eine Stimme die Wahl des neuen Stadtbaurats Dr. Weidlich zum besoldeten Stadtrat auf die Dauer von zehn Jahren. Man erhofft durch die Anstellung dieses neuen Beamten eine bessere und wirtschaftliche Geschäftsführung in den städtischen Betrieben. Im späteren Verlaufe der Sitzung wurde Dr. Weidlich vom Stadt.-Vorst. eingeführt und verpflichtet. Der Georgenhof-Hospitalkasse wurden 4000 Mk. bewilligt zur Deckung der Fehlbeträge für Licht, Wasser u. a. städtische Abgaben. Weiter beschäftigte sich die Versammlung noch mit einer Rechnung aus der Zeit des Arbeiter- und Soldatenrats. Für Fahrten mit dem Kraftwagen der Harzer Werke hat der A.- und S.-Rat 7 422,75 Mk. verbraucht. Der Staat trägt von diesen Kosten 1312,32 Mk., der Kreis 3788,26 Mk., die Stadt soll 2322,15 Mk. tragen. Der Rat der Stadt hat Bezahlung empfohlen, auf Antrag des Finanzausschusses hin aber wurde die Bewilligung versagt. Die Musikschule, die sich trotz der von der Stadt bewilligten Zuschüsse nicht halten kann, soll aufgelöst und die Instrumente möglichst an Musiker der Stadt verkauft werden. Schließlich stimmte man noch der Einführung einer Fremdensteuer zu.

Osterwieck. Holzversteigerung. Bei der Holzversteigerung wurde ein Erlös von insgesamt 51 24! Mark erzielt. Es wurden meist 200—300 v. H. über die Taxe gezahlt.

Krupp-Milchentrahmer

sind die besten,

Vorrätig bei

Ernst Lüders Nachf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220111-19/fragment/page=1

Umkehr in Rußland.

Von unserem ⊙-Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Der 9. Allrussische Sowjetkongreß ist in Moskau, in der hauptsache unter Ausschluß der Öffentlichkeit, zu Ende geführt worden, und wie das Zentralorgan der Sowjetregierung verkündet, hat Lenin mit den Grundfügen seiner neuen Politik die einstimmige Billigung der Versammlung gefunden. Man hat zugleich eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, um den staatlichen Sowjetapparat den neuen Funktionen anzupassen, die die Verwaltung übernehmen soll, wobei in erster Reihe an den Übergang zu einer festen juristischen Rechtsordnung gedacht ist, ohne die ein neuer Wirtschaftsaufbau, zumal mit Hilfe des Auslandes, nicht gedacht werden kann. In zweiter Reihe war Sorge zu tragen für eine organische Verbindung zwischen Stadt und Land, die durch die Jahre der Sowjetherrschaft vollkommen zerstört worden ist. Das Nähere darüber wird man erst hinterdrein aus den Zirkularen und Proklamationen erfahren, mit denen die Bolschewisten immer wieder die Welt zu beglücken pflegen. Zunächst genügt aber die Tatsache, daß es Lenin gelungen ist, die Gegnerschaft gegen seine „neue" Politik, die in Wahrheit nur die Wiederaufnahme der alten Staats- und Wirtschaftsführung bedeutet, zu überwinden. Um welchen Preis freilich, das wird erst die Zukunft lehren können.

Daß also auch auf diesem Allrussischen Sowjetkongreß alles nach den Wünschen der Moskauer Machthaber gegangen ist, darf nicht wundernehmen; denn die Zusammensetzung dieser angeblich maßgebenden Körperschaften ist ungefähr ebenso sehr Ausdruck der freien Willensstimmung des russischen Volkes, wie man sagen kann, daß das oberschlesische Volk sich mit der Zerreißung seines Landes durch den Schiedsspruch des Völkerbundsrates einverstanden erklärt habe. Allenfalls ein paar Nichtkommunisten, die in der Sowjetsprache rücksichtsvoll als „Parteilose" bezeichnet werden, läßt man in Kongresse dieser Art hinein, wo sie von vornherein sich so vereinsamt fühlen, daß von ihnen gar nichts zu besorgen ist. Wirklich aktive Elemente müssen draußen bleiben, und wenn sie dann etwa versuchen wollten, ihre abweichenden Meinungen im politischen Leben mit Mitteln, die sonst in jedem modernen Staatswesen durchaus erlaubt sind, zur Geltung zu bringen, so würden sie die eiserne Fuchtel der Lenin und Trotzki unverzüglich zu spüren bekommen. Daher die Kirchhofsruhe im politischen Leben Rußlands; daher bei nicht zu leugnende Tatsache, daß die Sowjetmänner eine wirklich ernste politische Gegnerschaft im Lande nicht zu besorgen haben. Ehe es soweit kommen konnte, mußten sie sich freilich allerschwerster Unterdrückungsmethoden bedienen — und man weiß, daß die berüchtigten Außerordentlichen Kommissionen, unter dem abgekürzten Namen der „Tscheka", zu diesem Zweck ein Schreckensregiment aufrechterhielten, das die schlimmsten Zeiten des zarischen Absolutismus weit hinter sich zurückließ. Indessen auch für dieses Hilfsmittel des Bolschewistenregiments ist nun die Zeit gekommen. Es muß, wenn es nach Lenin geht, abgebaut werden. Denn es verkörpert so sehr das Gegenteil eines Rechts- und Ordnungsstaates, daß unter der Fordnauer seiner Herrschaft kein Ausländer und kein freunder Staat sich einen regelrechten Wirtschaftsverkehr mit Rußland denken könnte. Tatsächlich will auch Lenin die außerordentlichen Befugnisse dieser Kommissionen auf das rein kriminell-politische Gebiet einschränken, und der 9. Allrussische Sowjetkongreß hat ihn dazu, wie es scheint, ausdrücklich bevollmächtigt. Fragt sich nur, ob die allmächtigen Leiter der „Tschekas" sich gutwillig in die ihnen zugedachte Zurückdrängung fügen werden. Bisher haben sie alle Versuche Lenins, auf Grund seiner eigenen Machtstellung die „Tschekas" zu maßvollerem Auftreten zu bestimmen, schroff zurückgewiesen. Es ist wieder einmal so, daß ein Instrument, dazu bestimmt, einem Mächtigen als Zuchtrute für die breiten Massen zu dienen, sich zum Selbstzweck aufwirft und über den Willen des bisherigen Gewaltinhabers hinweg an der bisherigen Unbeschränktheit seiner Machtstellung festhält. Zwischen den Häuptern des Sowjetstaates ist es aus Anlaß dieser Reibungen schon zu mehr oder weniger scharfen Zusammenstößen gekommen, die man vor der Öffentlichkeit, so gut es ging, zu verbergen suchte. Es fragt sich, ob jetzt, nach der Billigung des Leninschen Standpunktes durch den Allrussischen Sowjetkongreß, die Leiter der „Tschekas" gutwillig zurückweichen werden. Von Kennern des russischen Naturells wird ihnen eine solche Entsagungspolitik nicht zugetraut, und man glaubt deshalb, daß Lenin schweren inneren Kämpfen entgegengeht.

Dessenungeachtet, bleibt immerhin die Tatsache zunächst bestehen, daß seine neue Politik sich dem Auslande gegenüber fortan auf den Willen des russischen Volkes berufen kann. Lenin hat gut reden, wenn er seinen Leuten vorwirft, daß sie als Kommunisten sich unfähig erwiesen hätten, das Volk glücklich zu machen; daß es in Rußland zu viel Leute gäbe, die alles verkleistern, und daß man dadurch in eine Armut geraten sei, wie er sie sich in seinem Leben nicht habe vorstellen können. Er selbst, als der oberste Anführer dieser Leute, trägt auch die höchste Verantwortung für den unsäglichen Verfall des ehemaligen Zarenreiches, für die fürchterlichen Zustände, aus denen jetzt die alte Privatwirtschaft, die alte Intelligenz, das fremde Privatkapital das Land wieder erlösen sollen. Das Ausland wird es sich trotz der Umkehr des Allrussischen Kongresses zehnmal überlegen müssen, wieweit der jetzige Stand der Dinge in Rußland, bei Aufrechterhaltung der Sowjetherrschaft als solcher, noch neue Aufwendungen an Kapital und Arbeit geraten erscheinen läßt. Denn Lenin wird, wenn es ihm wirklich um das Glück seines Volkes zu tun ist, vor allen Dingen den durch ihn selbst großgezüchteten Geist wieder bannen und beseitigen müssen. Eine Aufgabe, die ungleich schwerer ist, als in großen Kongreßversammlungen diese oder jene Beschlüsse durchzusetzen. Erst dann, wenn er sich dieser Aufgabe gewachsen zeigt, wird man von einem wirklichen Siege Lenins sprechen können.

Ein neuer Zahlungsplan?

Rathenaus Vorschläge in Cannes.

In dem französischen Revieraorte Cannes haben sich nunmehr die führenden Staatsmänner der Entente versammelt, Lloyd George und Briand, in dessen Begleitung sich Loucheur befindet, an ihrer Spitze. Der englische und der französische Ministerpräsident wollen vor dem eigentlichen Beginn der Beratungen noch einmal Vorbesprechungen unter vier Augen miteinander führen. Deutschland ist selbstverständlich bei einer Konferenz des Obersten Rates nicht eingeladen, aber es bedeutet doch einen erheblichen Unterschied gegen frühere ähnliche Zusammenkünfte, daß diesmal auf Wunsch der Ententeführer selbst Dr. Rathenau die Reise von Paris nach Cannes ebenfalls mitmacht, um dort als Sachverständiger die Verhandlungen zu verfolgen und zu gelegentlich notwendig werdender Fühlungnahme bereit zu sein. Eine noch unbestätigte Pariser Meldung will wissen, daß Dr. Rathenau in Cannes einen

neuen Plan über die Reparationen

vorlegen werde. Er sieht angeblich eine jährliche Zahlung von 1½ Milliarden Goldmark in Waren vor. Dieser Plan könne aber erst nach drei Jahren in Wirksamkeit treten. Bis dahin sollte Deutschland ein Moratorium gewährt werden. Man wird gut tun, dieser Meldung gegenüber zunächst Zweifel zu hegen, da Rathenau schon mancher solcher Plan untergeschoben worden ist.

Eine Denkschrift Loucheurs.

Der französische Wiederaufbauminister Loucheur will der Konferenz von Cannes eine Denkschrift vorlegen, in der er nachzuweisen versucht, daß die Deutschland durch das Wiesbadener Abkommen auferlegten Sachleistungen in Höhe von eineinviertel Millionen Goldmark im Jahre 1922 tatsächlich ausgeführt werden können. Die Frage der Durchführbarkeit des Wiesbadener Abkommens wird einen der hauptsächlichsten Beratungsgegenstände der Konferenz bilden. Dabei dürfte auch Rathenau zur Darlegung seiner Meinungen aufgefordert werden und in diesem Zusammenhange den deutschen Standpunkt zum gesamten Reparationsproblem begründen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wer hat zu optieren?

Da immer noch in manchen Kreisen Unklarheit darüber besteht, für welche Personen eine Option auf Grund des Deutsch-Danziger Optionsvertrages in Betracht kommt, wird erneut darauf hingewiesen, daß diejenigen deutschen Reichsangehörigen (auch die Beamten), die am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz im Gebiete der jetzigen Freien Stadt Danzig hatten, mit diesem Tage die deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die Danziger Staatsangehörigkeit erworben haben, gleich viel, wann sie sich in diesem Gebiete niedergelassen hatten. Diese Personen können die deutsche Reichsangehörigkeit dadurch wieder erwerben, daß sie bis zum 10. Januar 1922 für die deutsche Reichsangehörigkeit optieren. Zuständig für die Optionserklärungen sind in den Stadtkreisen die Ortspolizeibehörde und in Landkreisen der Landrat.

Ein neuer Kulturkampf?

In München wurde eine Stelle aus der Neujahrspredigt des Kardinal- und Erzbischofs Dr. von Faulhaber viel bemerkt, in welcher der Kirchenfürst sehr scharf zum bevorstehenden Reichsschulgesetz Stellung nahm. Er sagte u. a.: Sollte uns im neuen Jahre ein Reichsschulgesetz aufgezwungen werden, das die Rechte der Eltern und der Kirche knechtet, dann wird auch der Zorn der katholischen Elternvereinigungen gesegnet sein. Die Predigt klang in die Worte aus: Zeitungen und Zeitschriften reden gegen die Kirche und das Papsttum eine Sprache, die an die schrecklichsten Zeiten des alten Kulturkampfes erinnern. Rüsten wir für diesen Kulturkampf!

Konferenzen sozialistischer Minister.

Die Minister der sozialistisch regierten Länder Braunschweig, Anhalt, Thüringen und Sachsen haben kürzlich in Leipzig und Weimar Zusammenkünfte zu einer Aussprache über die Justizreform gehabt. Diese Konferenzen sollen, wie verlautet, zu einer ständigen Einrichtung ausgebaut werden und lediglich dem Austausch von Erfahrungen und Vorschlägen dienen, die sich auf das Gebiet der Staatsverwaltung beziehen.

Amerika.

Die Washingtoner Konferenz nähert sich ihrem Ende. Man erwartet, daß noch zwei Vollsitzungen abgehalten werden. Die eine soll die bezüglich der Marinefrage, die andere die bezüglich des Fernen Ostens noch unerledigten Punkte regeln. Der 14. Januar, an dem Balfour und Lord Lee nach England zurückzureisen gedenken, wird wohl als Datum des Schlusses der Konferenz festgehalten werden.

*

Berlin. Seit einiger Zeit sind umfangreiche Arbeiten zur Neuorganisierung des Reichsministeriums des Innern im Gange. Damit soll eine zweckmäßige Verteilung der Aufgaben innerhalb des Ministeriums erreicht werden.

Dresden. Der sächsische Ministerpräsident Buck teilte mit, daß Verhandlungen eingeleitet sind über den Austausch von Enklaven zwischen Sachsen und Thüringen und über Grenzberichtigungen.

Warschau. Für die Gründung einer polnisch-französischen Bank in Oberschlesien wird ein Kapital von 200 Millionen deutscher Mark aufgebracht, das zur Hälfte in französischem Besitz bleibt, die andere Hälfte übernimmt Polen.

Moskau. In dem Blatte „Prawda" erklärt Radek, eine Sühne für die Ermordung des Grafen Mirbach sei für die Sowjetregierung indiskutabel und somit für sie erledigt. — Damit kann dieser Fall für uns kein Bewenden haben.

Sammelmappe

für bemerkenswerte Tages- und Zeitereignisse.

* Pariser Meldungen wollen von einem neuen Zahlungsplan wissen, den Dr. Rathenau angeblich der Konferenz in Cannes unterbreiten soll.

* Reichspräsident Ebert empfing in Gegenwart des Reichsministers Dr. Hermes eine Abordnung der amerikanischen und englischen Quäker zur Feier der Erinnerung der Ankunft der amerikanischen Kinderhilfsmission in Deutschland vor zwei Jahren.

* Die deutsche Regierung plant, demnächst neue Metallmünzen zu 1, 2 und 5 Mark auszugeben.

* Die in letzter Zeit aus der Auslandspresse von deutschen Blättern übernommenen Gerüchte über eine beabsichtigte Wiedervermählung Kaiser Wilhelms II. sind vollständig aus der Luft gegriffen.

* Die französische Regierung plant für Februar eine Verkehrskonferenz in Nizza, zu der Italien, Deutschland, Österreich und Jugoslawien zugezogen werden sollen.

* Die Zahl der russischen Flüchtlinge, die sich gegenwärtig in Deutschland aufhält, wird auf etwa 250 000 bis 300 000 Personen geschätzt.

* Die russische Sowjetregierung will China ein Militärbündnis gegen Japan vorschlagen.

* Lloyd George plant, spätestens in sechs Wochen das Parlament aufzulösen und Neuwahlen vornehmen zu lassen.

* Bolschewistische russische Truppen haben eine große Offensive gegen Karelien eingeleitet.

Der Mann mit der Maske.

Novelle von Walter Schmidt-Häßler.

27] (Nachdruck verboten.)

In dem kleinen, aber unendlich gemütlichen Erkerzimmer ihrer bescheidenen Wohnung lag die reizende Käte Scholz auf dem weißen zottigen Bärenfell, das über die Chaiselongue gebreitet war. Sie war entschieden weit hübscher noch als ihr Bild, wie sie dalag in dem entzückenden Morgenrock aus weichem, lichtblauem Tuchstoff, das ihre zierliche Figur mit all ihren feinen Linien scharf ausprägte. Den rötlich blonden Kopf auf den rechten Arm gestützt, in der linken Hand eine stark parfümierte Zigarette, schien sie in seligem Nichtsun vor sich hinzuträumen, aber sie blickte alle paar Minuten nach der Uhr, die auf dem Kaminsims stand, und das nervöse Spiel der schlanken Hände, die bald an den Quasten ihres Haarnetzes zupften, bald unruhig sich in die seidenen Kissen bohrten, verriet deutlich, daß sie längere Zeit schon jemand erwartete. Das Zimmer trug den Anstrich des Künstlerischen. Lorbeerkränze mit bedruckten Schleifen, Bilder von allerlei Bühnenmitgliedern, japanische Fächer und Nippessachen bedeckten die Wände und gaben dem Ganzen etwas Gemütliches, Persönliches, und die vielen intimen Kleinigkeiten, wie Kissen, Teppiche, kleine Tischchen und Etageren machten die Mietswohnung zum behaglichen Damenheim.

Ein bißchen unordentlich sah es wohl aus, ein leiser Hauch von Unsauberkeit lag darüber gebreitet, aber wenn man das süße Geschöpfchen inmitten ihrer bunten Herrlichkeiten sah, wenn man tief in die wundervollen Augensterne blickte, mußte man unwillkürlich so galant sein, alles das für Genialität zu halten.

Sie war aber nichts weniger als genial, sie war nur schön und schlau, die kleine bezaubernde Käthe Scholz. Und ihre größte Schlauheit bestand darin, daß niemand ihr diese Eigenschaft ansah, daß der Ausdruck naivster Kindlichkeit so unverändert auf dem holden Mädchenantlitz geschrieben stand, wo sie so gänzlich unbeobachtet, so sich selbst und ihrer Erwartung überlassen war, hatte allerdings dieser stereotype Ausdruck kindlicher Sorglosigkeit und scheinbar unbewußter Koketterie einem andern Platz gemacht. Um die Winkel des kleinen, sinnlich vollen Mundes zuckte es nervös und die feinen Nasenflügel zitterten in unverhohlener Nervosität.

Auf der Probe heute vormittag hatte sie die kurze Nachricht auf einer Visitenkarte von Kurt bekommen, daß er am Nachmittag zu ihr käme, und diese unerwartete Botschaft hatte ihr einen Strich durch die Rechnung gemacht, denn sie hatte über den heutigen Tag und nächstfolgenden ganz anders disponiert. Daß Kurt im Juni nach Berlin kommen wollte, wußte sie ja allerdings, aber daß er sich vorher anmelden würde, wie er es rücksichtsvollerweise sonst immer getan, hatte sie mit Bestimmtheit erwartet.

Sie hatte ihn lieb, sehr lieb sogar, sie hatte sich gleich im Anfang ihrer Bekanntschaft ganz unauffällig über seine Verhältnisse orientiert, und das hatte die Temperatur ihrer Neigung noch um einige Grade erhöht, denn der millionenschwere Majoratserbe auf Hoheneck wäre auch ohne den Reiz seiner Persönlichkeit seiner fünfundzwanzig Jahre ein Objekt gewesen, mit dem man für die Zukunft rechnen konnte, und seine fast knabenhafte Verliebtheit bot für diese Zukunft die vollsten Garantien.

Daß Käthe Scholz nicht seine Geliebte geworden war, sich nicht blind und bedenklos in seine Arme geworfen hatte, war ein erneuter Beweis für die kluge Berechnung, mit der sie das einmal ins Auge gefaßte Ziel verfolgte, für die Sicherheit, mit der ihr Verstand ihr junges stürmisches Blut zu beherrschen wußte, natürlich auch für ihre makellose Reinheit, die ja gewissermaßen ihr Betriebskapital bildete.

Von der erträumten Zukunft war aber noch nie zwischen beiden die Rede gewesen. Sie war zu klug, er jedenfalls zu schüchtern gewesen bis heute, so daß Käthchen so eigentlich noch nicht wußte, woran sie mit ihm war. Aber der seine geschäftliche Spürsinn, den sie von ihrem Vater geerbt hatte, ließ sie auch diesmal nicht im Stich. In Berlin war ein anderer Mann noch in ihr Leben getreten, ein sehr reicher schlesischer Gutsbesitzer, der sich, bis auf den Geldpunkt, sehr von Kurt unterschied. Er war ebenso wie dieser in das reizende Käthchen verliebt, nur äußerte sich seine Neigung stürmischer, leidenschaftlicher, zielbewußter. Auf einem großen Wohltätigkeitsfeste, wo Fräulein Käthe Scholz in lichtblauem Seidentüll ägyptische Zigaretten verkaufte, hatte man sich kennengelernt, und in einer befreundeten Familie trat sie den eleganten Gutsherrn und Rennstallbesitzer bei verschiedenen Gelegenheiten. Und da er wohl sehr schnell eingesehen haben mochte, daß Käthchens Herz ohne die dazu gehörige Hand nicht zu erlangen war, so bot er ihr schnell entschlossen die seinige als Tausch an.

Käthe hatte mit ihrem entzückenden Lächeln quittiert, hatte errötend zu Boden geblickt und ihm geantwortet, daß sie diese so unendlich wichtige Frage noch einige Zeit ernsthaft überlegen müsse. Noch sei ihre Liebe zur Kunst zu groß, noch hoffe sie Karriere zu machen und die Welt mit Goethes Gretchen und ähnlichen Gestalten zu beschenken. Herr von Rottenstädt möge auch ein Jahr lang die Ernsthaftigkeit seiner Empfindung noch prüfen und so wollten beide sich ein Jahr reiflichen Bedenkens auferlegen.

Rottenstädt war abgereist und schrieb Käthe augenblicklich glühende Briefe von der Riviera, wo er einen Teil der Wartezeit zuzubringen gedachte, und konnte nun jeden Tag zurückkommen, um sich ritterlich nach dem Befinden der stürmisch Begehrten zu erkundigen und dann seine Liebessehnsucht des weiteren auf den Rennplätzen zu Longchamps und Trouville oder an den Spieltischen von Trouville zu betäuben. So hatte Käthchen zwei Eisen im Feuer, nährte mit unschuldsreinen Kinderhänden die belebenden Flammen und wartete geduldig auf die große Rolle, die ihr den ersehnten Erfolg in der Kunst bringen sollte. Um so ungeduldiger wartete sie heute auf Kurts angekündigten Besuch, der so plötzlich kam, daß sie unbedingt berechtigt war, etwas Außerordentliches dahinter zu vermuten. Von beiden Freiern war er ihr unstreitig der Liebere, denn unstreitig war er ihr lieber als der andere, vor dessen fast brutaler Leidenschaftlichkeit sie manchmal ein heimliches Grauen empfand. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220111-19/fragment/page=2

Rückgang der Heiraten.

Abnahme der Geburten und der Todesfälle.

Nach dem Kriege nahmen die Eheschließungen in ungeahnter Weise zu, was bei den traurigen allgemeinen Verhältnissen, besonders aber der Wohnungsnot und der Möbelteuerung, recht auffallend war. Man bewunderte den Mut der jungen Leute, bei solchen Zuständen das Wagnis einer Eheschließung auf sich zu nehmen. Jetzt hat das wieder nachgelassen, etwa seit Jahresfrist, und je mehr wir uns dem Ende des Jahres näherten, desto deutlicher wurde die Abnahme der Heiraten. Man kann das wohl verstehen. Die mit dem Kriegsende einsetzende Hochflut der Eheschließungen bestand aus den Nachholungen von Ehen, die während des Krieges nicht hatten geschlossen werden können. Mit dem Ende der Nachholungen muß natürlich auch die Heiratshochflut aufhören. Gleichzeitig machen sich die Schwierigkeiten, über die man erst leicht hinwegsah, jetzt stärker bemerkbar. Hatte man nach Kriegsende auf eine baldige Besserung der Zustände gehofft, so wird jetzt immer klarer, daß die Hoffnung getäuscht hat.

Hand in Hand damit geht natürlich auch eine Abnahme der Geburten. Die Abnahme der Ehen und die wirtschaftliche Not sind die Ursachen. Erfreulich ist dagegen die Abnahme der Sterblichkeit, die sich mit der Zeit eingestellt hat, und zwar ist das Verhältnis zurzeit sogar günstiger als vor dem Kriege. Die Sterblichkeit, die während der Kriegszeit bedrohlichen Charakter angenommen hatte und durch die nachteiligen Einwirkungen der Blockade auf die Widerstandskraft der Bevölkerung hochgehalten wurde, mußte mit der Beseitigung dieser Einflüsse absinken und schließlich sogar unter die Sterblichkeit der Friedenszeit heruntergehen, da der Tod die ihm in normalen Zeiten erst jetzt verfallenden Opfer bereits dahingerafft hatte.

Natürlich gibt es in all diesen Abnahmen immer auch Schwankungen. Aber das war in früheren Jahren stets so. So macht sich der Ostertermin immer durch eine besondere Zunahme der Eheschließungen bemerkbar, worauf im Januar eine große Anzahl von Geburten eintritt. Der Oktobertermin für Heiraten ist ebenfalls stets in der Statistik ersichtlich, doch nicht so stark wie der Ostertermin. Da spielen Wohnungsverhältnisse, Antritt neuer Stellungen u. a. mit hinein, in den großen Städten mehr als auf dem Lande.

*

Einwohnerzahl der Länder Europas.

Die Zahl derEinwohner in den Ländern Europas hat jetzt das Statistische Reichsamt nach der Aufteilung Oberschlesiens festgestellt. Das Deutsche Reich hat dort ein Gebiet verloren, das nach der letzten Volkszählung 980 296 Einwohner zählte. Die Bevölkerung des Reiches betrug demnach an jenem Tage, am 8. Oktober 1919, 59 857 283. Durch Einwanderung und Geburtenüberschuß hat sie sich inzwischen auf rund 62 Millionen vermehrt. Übertroffen wird Deutschland nur von Rußland, das in Europa 101 Millionen Einwohner zählt. An dritter Stelle folgt Großbritannien (vorläufig mit Irland) mit 47,3 Millionen, Italien mit 39,5. Es hat Frankreich mit nur 39,2 überholt. Zu diesen fünf großen Ländern kommen fünf mittlerer Größe mit 10 bis 30 Millionen. Polen 29, Spanien 20, Rumänien 15,4, Jugoslawien 14,5 und die Tschechoslowakei mit 13,6 Millionen. Alle übrigen Länder sind zu den kleinen Staaten zu rechnen: Ungarn 7,48, Belgien 7,62, Niederlande 6,84, Deutschösterreich 6,13, Portugal 5,96, Schweden 5,81, Griechenland 5,60, Bulgarien 4,86, Litauen 4,80, die Schweiz 3,89, Finnland 3,33, Dänemark 3,27, Norwegen 2,45, Estland 1,75, Lettland 1,73, die Türkei in Europa 1,25, alle übrigen Länder 1,57 Millionen.

Von Nah und fern.

Das neue deutsche Metallgeld. Die langwierigen und schwierigen Versuche zur Herstellung neuer Reichsmünzen aus Metall sind jetzt geglückt, und es kann damit gerechnet werden, daß die Münzverwaltung im Frühjahr an die Ausprägung herantreten wird. Die Versuche waren hauptsächlich deshalb so schwierig, weil eine Gewähr gegen Fälschungen geschaffen werden mußte. Zunächst will man Ein-, Zwei- und Fünfmarkstücke schaffen.

Frankaturmaschinen zur Vermietung an Private. In Verfolg der Sparmaßnahmen zur Beseitigung des Defizits bei der Post plant das Reichspostministerium die mietweise Abgabe von Frankaturmaschinen an private Firmen zum Zwecke der selbständigen Frankierung und Fertigmachung der Post. Die Apparate sind so eingerichtet, daß sie für alle vorkommenden Frankaturen geeignet sind und der Postbehörde eine mühelose Kontrolle ermöglichen. Die Firmen werden durch sie in die Lage versetzt, sich bei Freimachung von Postsachen aller Art von der Post unabhängig zu machen.

Höhere Entschädigungen für Schöffen und Geschworene. Das Reichsjustizministerium beabsichtigt, die Entschädigungen für Schöffen und Geschworene auf 75 Mark täglich zu erhöhen, da sich der bisherige Satz von 50 Mark als nicht mehr ausreichend erwiesen hat.

Verhaftung eines berüchtigten Erpressers. Der Zuchthäusler Arthur Keil, der seit etwa drei Jahren in Berlin sein Wesen trieb, ist endlich zur Strecke gebracht worden. Er gab ein Blatt heraus, die „Neuesten Nachrichten" (gelegentlich auch unter anderem Titel), in dem er auf bekannte Manier Andeutungen losließ, um sich den Mund stopfen zu lassen. Außerdem diente das Blatt allen möglichen unsittlichen Zwecken; freilich leuchtete die Polizei bald in den Inseratenteil hinein, so daß das Geschäft abflaute. Keil begründete dann ein Detektivbüro, um unter Androhung von Skandal Gelder zu erpressen. Er scheint oftmals Erfolg gehabt zu haben, da anständige Leute lieber zahlten als sich schmierigen Beschuldigungen auszusetzen. Endlich kam er an einen Unrechten, der zum Schein auf seine Erpressung einging und ihn dann bei der Geldzahlung einfacken ließ. Hoffentlich melden sich noch recht viele Opfer, damit der Lump auf recht lange Zeit unschädlich gemacht werden kann.

Die Kosten des Grupen-Prozesses. Die Kosten des Kleppelsdorfer Mordprozesses sind in einigen Zeitungen mit 200 000 Mark angegeben worden. Hierzu ist zu bemerken, daß die Kosten noch gar nicht endgültig feststehen, sie dürften aber sicher wesentlich höher sein als 200 000 Mark.

100prozentige Erhöhung der Heilgehilfengebühren. Nachdem am 15. November die Heilgehilfenordnung abgeändert und neue Gebühren festgesetzt worden waren, sind diese Sätze für staatlich geprüfte Heilgehilfen und Masseure mit Wirkung vom 1. Januar um je 100 Prozent erhöht worden.

Die deutsche Schmuckwaren-Industrie. Demnächst wird in Pforzheim eine ständige Ausstellung deutscher Schmuckwaren- und verwandter Industrieerzeugnisse eröffnet werden, die wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung Anspruch auf Beachtung erheben kann. Das großzügige Unternehmen — eine Zentralisierung des Ausstellungswesens der deutschen Edelmetall- und Luxusindustrien auf den Hauptplatz der Schmuckerzeugung, Pforzheim, mit seinem großen in- und ausländischen Käuferverkehr — ist ein Beispiel weitsichtiger Entschlossenheit und zielbewußter Aufbauarbeit.

Die Bombenattentäter von Dinkelsbühl. Die Bombenattentäter, die in der Silvesternacht in Dinkelsbühl eine Bombe zur Explosion brachten, durch die 50 Personen schwer verletzt wurden, von denen etwa 25 tot sind oder auf den Tod daniederliegen, konnten verhaftet werden. Es sind 9 Arbeiter im Alter von 17 bis 24 Jahren, die angeben, einen Racheakt gegen die Polizei verübt zu haben, weil einer ihrer Kollegen am Silvesternachmittag wegen einer Straftat verhaftet worden war.

Für 200 000 Mark Metall gestohlen. In Wilhelmshaven wurde eine Diebesbande verhaftet, die von der Reichswerft für 200 000 Mark Metall gestohlen hatte.

Preise von Wiener Zeitungen. Aus Wien wird gemeldet: Die Bezugspreise der Zeitungen betragen vom Januar ab für zweimal erscheinende Blätter bis zu 1200 Kronen monatlich, einzelne Exemplare kosten bis zu 40 Kronen, für ein ganzseitiges Inserat wird bis ungefähr eine halbe Million Kronen verlangt. Die kommunistische Rote Fahne ist das billigste Tageblatt, sie kostet monatlich „nur" 250 Kronen. Das Mittagsblatt des neuen Wiener Journals hat sein Erscheinen eingestellt, ebenso die Wiener Abendpost. Andere Blätter rechnen mit Millionendefiziten im Monat.

Schiffsunglück. Nach einer Meldung aus Grimsby ist die Schaluppe „Fessya" bei den Orkney-Inseln untergegangen. 9 Mann sind ertrunken, 2 wurden gerettet.

Die Entwertung der österreichischen Krone. Das Personal der Wiener städtischen Straßenbahn hat den Kollektivvertrag gekündigt und verlangt Verhandlungen über Lohnvorschläge, deren Einführung den seit kurzem 30 Kronen betragenden Preis der Einzelfahrt auf 70 bis 80 Kronen bringen würde. Die Erhöhung auf 50 Kronen war bereits geplant.

Volkswirtschaft.

Die Teuerung im Jahre 1921. Bei einem Vergleich der Preise im Großhandel mit den entsprechenden aus Friedenszeiten ergibt sich, daß sich die Lebens- und Genußmittel um das Vierunddreißigfache, die Textilien und Lederwaren um das Fünfundsechzigfache verteuert haben. Alle Warengruppen zusammengefaßt zeigen gegenüber Friedenszeiten eine durchschnittliche Verteuerung um das Sechsunddreißigfache. Nimmt man den 1. Januar 1921 als vergleichenden Ausgangspunkt, so beträgt die Spannung bei den Großhandelspreisen zwischen Anfang und Ausgang des abgelaufenen Jahres durchschnittlich 125 bis 150 Prozent, das heißt die Preise haben sich innerhalb zwölf Monaten durchschnittlich mehr als verdreifacht. Eine entgegengesetzte Bewegung zeigen die Preise im Ausland. So sind die Warenpreise in Amerika beispielsweise innerhalb der letzten zwei Jahre um fast 50 Prozent gefallen. Besonders hart war dieser Preissturz im Jahre 1920, wo er allein 35 Prozent betrug.

Weitere Ermäßigung der Margarinepreise. Führende deutsche Margarinewerke in Köln haben beschlossen, eine Ermäßigung der Verkaufspreise um 1 Mark je Pfund für die Abschlüsse der ersten Januarwoche durchzuführen zwecks Belebung des gegenwärtig stark stockenden Geschäftes.

Norddeutsches Getreide für Bayern. Nach einer Mitteilung des bekannten Wirtschaftspolitikers Heim sind von der neuen Ernte 145 000 Zentner Brotgetreide im Fakturenwert von zusammen 40 Millionen Mark vorwiegend aus Norddeutschland aufgekauft und nach Bayern eingeführt worden.

Gerichtshalle.

Der Tod des Anders Singh. Man erinnert sich des aufsehenerregenden Verbrechens in Berlin, durch das der indische Student Singh angeblich infolge Betreibens seinerr deutschen Ehefrau getötet wurde. Jetzt soll die Verhandlung über den Fall in kurzer Zeit vor dem Berliner Schwurgericht beginnen. Nun behauptet die angeklagte Ehefrau neuerdings, es handele sich um einen politischen Mord, da auf den Kopf Singhs angeblich von der englischen Regierung ein Preis ausgesetzt worden war. Der mitangeklagte Chauffeur Max Arnold will plötzlich geistesstraut sein, während Frau Hildegard Singh von Rechtsanwalt Jaffe unter Beweis stellen läßt, daß sie selbst mit der Tötung ihres Mannes nicht das geringste zu tun gehabt habe. Sie habe an der Beseitigung ihres Gatten, gegen den sie eine unüberwindliche Abneigung gehabt habe, da er als Inder — so unangenehm roch, keinerlei Interesse gehabt, da sie schon die Scheidung eingeleitet hatte. Dagegen habe sich jetzt herausgestellt, daß die englische Regierung auf den Kopf ihres Mannes einen Preis ausgesetzt habe, weil er während des Krieges in Deutschland und in Indien und Ägypten den „heiligen Krieg" der Buddhaanhänger und Mohamedaner gegen England geschürt habe. In der Verhandlung soll versucht werden, festzustellen, ob Singh tatsächlich das Opfer eines politischen Mordes geworden ist.

Für heut und morgen.

Die frierenden Stachelschweine. Als der Krieg etwa ein Jahr gedauert hatte, da glaubte und hoffte man noch, daß er mindestens die eine gute Folge haben würde, die Gegensätze zwischen den verschiedenen Volksschichten auszugleichen und uns somit einander menschlich näher zu bringen. Auch diese Erwartung wurde enttäuscht. Wir befinden uns gerade jetzt in einem Zustand des Kampfes aller gegen alle, wie er zuvor weder jemals vorhanden war noch überhaupt für möglich gehalten wurde. Irgend eine Lehre aus unserer Vergangenheit zu ziehen, fällt niemnad ein. Alle Rücksichtnahme gegen den andern schwindet, sobald er uns in den Weg kommt, und dabei brauchen die meisten von uns doch die Gesellschaft. Schopenhauer schildert das Verhältnis der Menschen zueinander wie folgt: Eine Gesellschaft Stachelschweine drängte sich an einem kalten Wintertage recht nahe zusammen, um sich durch die gegenseitige Wärme vor dem Erfrieren zu schützen. Jedoch bald fühlten sie die Stacheln, weshalb sie sich wieder voneinander entfernten. Trieb sie nun das Bedürfnis nach Erwärmung wieder enger zusammen, so trat alsbald der zweite Fall ein, daß sie sich Schmerzen zufügten. So wurden sie so lange zwischen beiden Leiden hin- und hergeworfen, bis sie eine mäßige Entfernung voneinander herausgefunden hatten, in der sie es am besten aushalten konnten. So treiben ihre Bedürfnisse die Menschen zusammen; aber ihre vielen widerwärtigen Eigenschaften und Fehler stoßen sie wieder voneinander ab. Die mittlere Entfernung, die sie endlich herausfinden und bei der ein Beisammensein bestehen kann, ist Höflichkeit und gute Sitte. Es kommt darauf an, Distanz zu halten. Zwar wird dann das Bedürfnis gegenseitiger Erwärmung nur unvollkommen befriedigt, dafür aber auch der Stich der Stacheln nicht empfunden. Nur wer genug eigene innere Wärme hat, kann aus der Gesellschaft wegbleiben, um weder Beschwerden zu geben, noch zu empfangen. Doch wie wenig Menschen befinden sich in der Lage, wirklich auf andere verzichten zu können?

Der Mann mit der Maske.

Roman von Walter Schmidt-Häßler.

28] (Nachdruck verboten.)

Kurts Karle war so kurz, so förmlich gewesen. Wenn er, der neugebackene Majoratsherr, nun kam, um ihr zu sagen, daß er aus Standesrücksichten gezwungen war, eine andere heimzuführen. Der Gedanke ließ sie erschrecken, etwas wie leises Weh schlich sich ihr dabei ins Herz.

Plötzlich war es schon, denn nie würde er ihr brieflich eine solche Mitteilung gemacht haben, dazu kannte sie ihn zu gut, Auge in Auge nur hätte er es ihr gesagt, und ihre Verzeihung, ihre Freundschaft erbettelt, der süße Junge, der so grenzenlos an ihr hing.

Die kleine Uhr auf dem Kamin schlug vier, und fast im selben Augenblick läutete draußen die Glocke im Korridor, und gleich darauf meldete das Dienstmädchen der Wirtin den Freiherrn von Attingen.

Ein sonniges Lächeln flog über ihr Gesicht, als sie aufsprang, um dem lieben Besuch entgegenzueilen.

Mit ausgestreckten Händen ging sie auf die Tür zu. Auf der Schwelle stand Herbert. Aber er ließ ihr keine Zeit zum Erstaunen.

„Ich bitte tausendmal um Verzeihung, gnädiges Fräulein", begann er, indem er galant ihre Hand an die Lippen führte, „wenn ich durch mein Erscheinen ihre Erwartungen enttäusche. Sie erwarten meinen Vetter Kurt, der um 4 Uhr sich Ihnen zu Füßen legen wollte. Er hat mich vorausgeschickt, da er durch einen wichtigen Besuch bei seinem Anwalt gezwungen ist, sein Erscheinen bis 5 Uhr zu verzögern. Ich habe den Auftrag von ihm, ihn bei Ihren zu entschuldigen und habe zugleich den Vorzug, die Dame kennenzulernen, die ihm so nahe steht."

„Es ist lieb von ihm", entgegnete Käthe, während sie Herbert Platz anbot. „daß er mir seinen Vetter schickt. Eine telegraphische Nachricht oder eine Rohrpostkarte hätte mich erschreckt und beunruhigt. Sie sehen sich übrigens ähnlich — sehr sogar", fügte sie lächelnd hinzu, und Herbert blickte ihr wirklich verwundert in die wunderbar schönen Augen. „Sie sind natürlich auch Offizier?"

„Nein, Gnädigste", gab er zur Antwort, „mein Beruf ist von dem seinigen so verschieden, wie nur möglich. Da bin ich nun wieder mit Ihnen verwandt."

„Verwandt — mit mir? Wie ist das zu verstehen, Herr von Attingen?"

„Ich bin Opernsänger."

„Ach?! Das ist ja aber ganz reizend. Dann sind wir beide ja beinahe Kollegen. Ich wollte nämlich auch mal Sängerin werden, aber leider war meine Stimme zu klein. Schade! Nicht?!" Dabei sah sie ihn wieder an und Herbert konstatierte einen Augenaufschlag von bewunderungswerter Naivität.

Und nun plauderten sie über Kunst, über Theater und Kollegen und ihr Lachen klang so silbern, ihr Humor hatte so etwas Reizendes und Ungemachtes, daß Attingen es nur zu selbstverständlich fand, daß ein unbefangener junger Offizier diesem Zauber rettungslos verfallen war.

Während der ganzen Zeit, die er ihr gegenübersaß und ihrer Stimme lauschte und ihr lachend und scherzend Antwort gab, wie ein guter alter Bekannter, war es ihm fortwährend, als sähe er verlockende Nixenaugen und hörte Quellenrieseln und Wogengeplätscher, und Goethes Verse kamen ihm nicht aus dem Sinn: „Das Wasser rauscht, das Wasser schwoll." Wie anders ihm selbst so manches erschien, darüber gab er sich in diesem Augenblick noch nicht einmal Rechenschaft, er fühlte nur mit dem doppelt geschärften Beobachtungsvermögen des frühgereiften, ernst veranlagten Mannes und des Bühnenangehörigen, der so genau weiß, wie vieles „technisch" gemacht wird, daß ihn irgend etwas manchmal eigenartig berührte, ohne daß er im Moment wußte, warum.

Als Kurt kam, empfahl sich Herbert, und nachdem er für den Abend mit ihm ein Zusammensein verabredet hatte, kehrte er in sein Hotel zurück. Da Fräulein Scholz prinzipiell abends niemals in ein Restaurant ging, selbst nicht in Begleitung von Kurt und Herbert, so waren die Vettern auf sich angewiesen, und natürlich brannte Kurt darauf, die Ansicht seines einzigen Vertrauten über das Mädchen seiner Wahl zu hören.

* * *

Punkt 5 Uhr hatte Riemann sich bei dem Herrn Grafen melden lassen, der heute ganz ungemein liebenswürdig und leutselig war. Ja, es lag fast etwas Freundschaftliches darin, wie er ihm die Hand schüttelte und ihn vertraulich neben sich in die Sofaecke zog. Es mußten geschäftliche Dinge von ungeheurer Wichtigkeit zu besprechen sein, daß der Herr Graf mit ihm, der ihm ja so blind ergeben war, so außergewöhnlich viel Umstände machte.

„Hören Sie — lieber Riemann", sagte Bruno, nachdem er seinem Besuch das Glas voll alten Madeira gegossen, „ich habe heute was ganz Besonderes mit Ihnen zu besprechen, eine ganz diskrete Angelegenheit, die mit unseren Geldgeschäften eigentlich gar nichts zu tun hat."

„Herr Graf können sich doch gewiß auf meine Diskretion verlassen", flüsterte Riemann devot.

„Das weiß ich, das weiß ich, Riemännchen, eben deshalb habe ich mich ja gerade an Sie gewendet. Ich habe mich unter all meinen Bekannten umgesehen, aber ich wußte niemand, auf den ich mich so unbedingt verlassen könnte, wie auf Sie. Ich suche auch heute nicht den Geschäftsmann in Ihnen, sondern mehr den alten ergebenen Freund!"

Riemann errötete wie eine Braut bei dieser unerwarteten, für ihn mehr als schmeichelhaften Bezeichnung, denn er hatte bisher zu der genialen Verworfenheit, zu der skrupellosen Arglist seines Herrn und Meisters mit so unverhohlener Bewunderung aufgesehen, daß es ihn jetzt geradezu beschämte, als er so herablassend zu ihm, der bisher nur immer seine ausführende Hand gewesen war, niederstieg. Der gute Riemann war eine Mittelschöpfung zwischen Hund und Hyäne und erschrak nun förmlich, daß der Löwe mit ihm herzlich wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220111-19/fragment/page=3

Heute morgen 3 Uhr entschlief sanft nach kurzer, schwerer Krankheit, unsere liebe Mutter, Gross- und Schwiegermutter

Emma Meyer

im Alter von 61 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Freitag nachm. 3 Uhr statt.

Schießklub „Condor"

Sonntag, den 15. ds. Mts. findet im Hotel Waldhof unser

Stiftungsfest

statt, bestehend aus **Konzert** und **Ball**. Einführungen durch Mitglieder gestattet.

Der Vorstand.

Halt! **Halt!**

Hausfrauen! Landwirte!

Am Montag, den 16. ds. Mts findet in Elbingerode im Gasthof zur „Deutschen Eiche"

Großer Umtausch

von

Schafwolle u. Strumpfabfällen

gegen meine prima Strickgarne statt.

Ein Besuch lohnt sich unbedingt!

Anfertigungsstelle:

J. Fiedler, Dingelstedt.

Einen tüchtigen

Kreissägenschneider

stellt sofort ein

Otto Wiedhahn

(vormals Fa Schöne.)

— Tüchtiger —

Heizer

gesucht.

Hugo Kohlrusch

Sägemühle,

Zwei einspännige

Schlitten

sind zu verkaufen, oder gegen

Heu

umzutauschen.

Wernigerode.

Breitestr. 35.

Verloren!

ist am Sonntag morgen eine Halskette mit Medaillon, von der Wasserstraße bis nach Fritzen-Wiese. (Wernigeröder Chaussee). Gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Heizbares

möbl. Zimmer

gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Alle Reparaturen

an Uhren-, Gold- und Silberwaren werden ausgeführt bei

F Bunge

Untere Schulstraße 141.

---

empfiehlt in Gold

383, 585, 750 u. 900 gestempelt

zu den

billigsten Tagespreisen

Heinrich Grotheer

Markt 303

Ankauf von altem **Gold u. Silber** zu den höchsten Tagespreisen.

Messina-Apfelsinen

frisch eingetroffen bei

W. Kuthe.

Auf der Höhe

ist der

Spezial-Separator

mit selbstbalancierender Trommel.

Schärfste Entrahmung. Höchste Leistungsfähigkeit. Leichte und bequeme Reinigung. Leichtester Gang. Dauerhafte Bauart. Lange Lebensdauer

sind die Vorzüge der Milchschleudern. Der außerordentliche einfache Trommeleinsatz bringt

mehr Butter und bessere Butter

Ueber 100 Stück hier und in den Nachbarorten zur vollsten Zufriedenheit der Besitzer im Betriebe. In verschiedenen Größen zu haben bei

Oel und Ersatzteile sowie Reparaturen preiswert und gut.

H. Rensch.

Warme Winter-Kleidung, Stiefel Schuhe.

Biete freibleibend billigst an: Gebr., jedoch guterhaltene Mil.-Mäntel 250.— 300.— 350.—, Röcke, Blusen, Uniformen, teils Feldgr., teils schwarz nur 70.—, tadellos umgearb. Mil.-Röcke zu Blusen, Uniformen, teils feldgr. teils schwarz eingefärbt 150.— 170.— 200.—, Mil.-Infan.-Schaftstiefel 130.— 170.— 200.—, Schnürschuhe 85.— 110.— 130.—, je nach Beschaffenheit, beide Sorten gebr., gut erhalten und neu besohlt. Feldgr. Leinen Drill-Anzüge 200.—, rein. geb. Drill-Anzüge 85 — 120. —, Unteroffiz.-Drill-Röcke 85.— 100.—, Winter-Joppen, warm gefüttert, aus dicken derben Winterstoffen 300.— 360.— 400.— 470.—, prima starke Kommißhosen, schwarz oder feldgrau, Ia strapazierfähige ohne Bieseln 220.— 260.— 300.—, starke Arbeitshosen 150.—, Pferde-Woll- oder Wagen-Decken 300.—, schwere, weiße, Schlafdecken 260.—, Wollstrümpfe 17.— 20.— 25.—, Einheitshemde, Garn. Hemd und Hose 60.— 85.— 120.—, ameri. Mil.-Woll-Mäntel 300.—, ameri. teilw. Khaki-Uniformen, Jacke und Hose, vorzügl. Strapazier- und Sports-Anzüge, jedoch nur für junge Leute (kräftige Burschen), geeignet 170.— 200.—, Bedersack-Westen, braungelb bester Schutz gegen Kälte, Wind und Regen 180.— 230.—, Regenmäntel, Ia Oelschmäntel 170 — 200.—, Versand portofrei per Nachnahme. Wiederverkäufer erhalten bei Auftrag bis 1000.— 5%, über 1000 — 10% Rabatt. Umtausch anstandslos, Preisliste franko. **Koltermann**, Textilwarenversand, Berlin-Lichtenberg, O. 6, Möllendorfstraße 91/95.

Hamburger Nachrichten

Seit ihrem Bestehen sind die Hamburger Nachrichten, getreu ihren mehr als 125jährigen Traditionen der Mentor für alle Gebiete des Geisteslebens. Die vollkommene Organisation ihres Nachrichtendienstes, die Zuverlässigkeit und Aktualität ihres Handelsblattes, ihr allen Anforderungen entsprechender Inhalt auf den Gebieten: Politik, Wissenschaft, Literatur und Kunst hat ihnen stets die geistige Führerschaft des besten Bürgertums im ganzen Reiche erhalten.

Monatlicher Bezugspreis Mk. 10.—

Im Preise

! bedeutend !

herabgesetzt!

Burschen-Anzüge, gefüttert, 150 u. 175 Mk.
Herren-Anzüge gefüttert, 250 u. 350 Mk.
Damen-Mäntel, 150—250 Mk.
Damen-Kostüme, 125 Mk.
Kinder-Mäntel, 75—100 Mk.
Abend-Röcke, Halbwolle, 75—100 Mk.

Es sind nur noch einige Stücke hiervon vorhanden

Adolf Zander.

Winter-Mützen

für

Herren — Burschen — Knaben

in grösster Auswahl zu billigsten Preisen

Walter Hüther

Winterjoppen Sportjoppen
Sportpaletots — Ulster
Anzüge — Hosen

zu billigsten Preisen, trotz der Teuerungswelle

Walter Hüther.

Meine Restbestände in

Damen- und Mädchen-Konfektion

stelle ich billigst zum Verkauf

Walter Hüther

Ein hervorragendes Fachblatt seiner Art ist die illustr. Jagdwochenschrift **St. Hubertus** Cöthen (Anhalt).

Bringt gediegene Aufsätze über Jagd, Schießwesen, Hundezucht, Forstwirtschaft, Fischerei und Naturkunde. Großart. Bilderschmuck. Wertvolle Kunstbeilagen.

« « **Wirkungsvolles Anzeigenblatt.** » »

Bezugspreis 19.50 Mark für das Vierteljahr. — Jede Postanstalt u. Buchhandlung nimmt Bestellung entgegen. — **Probenummern** vollständig kostenlos bitten zu verlangen von dem

Verlag des „St. Hubertus"

(Paul Schettlers Erben Gesellsch. m. b. H.)

Cöthen (Anhalt).

Grosser Posten

Schürzen

zu billigen Preisen — Bitte meine Fenster zu beachten.

Adolf Zander.

Bismarckheringe
Kräuterfische

zu haben bei

W. Kuthe

Sorgenfrei

nehmen Frauen bei Beschwerden mein patentiertes Mittel Stärke I und IIa starke Tropfen garantiert unschädlich ohne Berufsstörung.

W. Gurski, Berlin Charlottenburg 2/42 n. Grolmanstr. 37.

Frauen

gebrauchen bei Menstruations-

Störungen

mein altbewährtes Spezialmittel.

Sicherer Erfolg

garantiert unschädlich. Wenden Sie sich vertrauensvoll an

Frau E. Wollenweber, Harburg-Elbe 380

Neumünstr. 31.

Lumpen
Knochen
altes Eisen
Papier
Wollabfälle

kauft ständig zu höchsten Tagespreisen

Fr. Berger jun.

Wilhelm- Ecke Parrstr.

Rasier-Seife

wieder vorrätig bei

Ernst Lüders Nachf.

Schmalz

frisch eingetroffen bei

W. Kuthe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220111-19/fragment/page=4

Der Harz-Bote

„Der Harz-Bote“ erscheint wöchentlich zweimal, Mittwoch und Sonnabend mittag. Druck und Verlag von B. Angerstein Nachf. (H. Paulus). Für die Redaktion verantwortlich H. Schlüter, Elbingerode. — Fernruf Nr. 19.

Elbingeröder Zeitung

Abonnementspreis vierteljährl. Mark .—, durch die Post bezogen Mark .— ausschl. Bestellgeld. — Inserate kosten für die Stadt und das vormalige Amt Elbingerode pro Zeile 40 Pfennig, nach auswärts Mark 1.—.

Amtliches Blatt des Landratsamts Ilfeld für das vormalige Amt Elbingerode und für die Stadt Elbingerode

Nr. 3 — Mittwoch den 11. Januar 1922 — 56 Jahrgang.

Amtliches

Bekanntmachung.

Betrifft Jugendausschuß der amtlichen Fürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge des Kreises Ilfeld.

Gemäß der Richtlinien für die Verwaltung und Verwendung der Sondermittel zugunsten der Kriegerwaisen und der Kinder Kriegsbeschädigter wird für den Bereich der amtlichen Fürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge des Kreises Ilfeld ein Jugendausschuß gebildet; als Mitglieder werden berufen:

A. Als Vertreter der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenvereinigungen:

1. Postgehilfe Hugo Gerlach in Wiegersdorf, 2. Witwe Else John in Ilfeld, Vertreter; 3. Postbote Karl Hirschelmann in Ilfeld, 4. Witwe Johanne Neuwerth in Ilfeld, Ersatzleute.

B. Als Vertreter der privaten Jugendwohlfahrtspflege:

1. Lehrer Bauche in Ilfeld, 2. Frau Pastor Rasch in Niedersachswerfen, Vertreter; 3. Rentner von Welch in Ilfeld, 4. Frau verw. Kreisarzt Dr. Gerlach in Ilfeld, Ersatzleute.

C. Als Vertreter der öffentlichen Jugendwohlfahrtspflege.

1. Der Kreismedizinalrat des Kreises Ilfeld, 2. Kreisfürsorgerin, Schwester Hildegard Mayke in Ilfeld, Vertreter; 3. Konsistorialrat D. Cohrs in Ilfeld, 4. Diakonissenschwester Emilie Halbauer in Ilfeld, Ersatzleute.

Die Wahldauer ist noch unbestimmt.

Ilfeld, den 22. Dezember 1921.

Amtliche Fürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge.

Frhr. Quadt.

Bekanntmachung.

betr. Vertrauensmännerwahlen zur Angestelltenversicherung.

Der in der II. Vorschlagsliste B an erster Stelle genannte Geschäftsführer der Allgemeinen Orts- und Landkrankenkasse des Kreises Ilfeld, Hartig in Wiegersdorf heißt mit Vornamen nicht „Alfred“ sondern „Alfons“ was in Berichtigung meiner Kreisblattbekanntmachung vom 28. Dezember v. Js. antragsgemäß bekannt gegeben wird.

Ilfeld, den 5. Januar 1922.

Der Landrat: Frhr. Quadt.

Bekanntmachung.

betr. Kriegswohlfahrtsausgaben

Höheren Orts ist hierher mitgeteilt worden, daß zu den in den Monaten April 1920 bis März 1921 geleisteten Kriegswohlfahrtsausgaben eine Beihilfe in Höhe von etwa 60 v. H. bewilligt worden ist. Die Zahlung der Beihilfe erfolgt demnächst durch die Regierungshauptkasse.

Ilfeld, den 6. Januar 1922

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. A.: Mangerhans

Kreisausschuß-Obersekretär.

Bekanntmachung.

Polizeiverordnung,
betreffend das Verbot öffentlicher karnevalistischer Veranstaltungen.

Auf Grund der §§ 6. 12. 13 der Verordnung vom 20. September 1867 (Gesetzsamml. S. 1529) sowie der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsamml. S. 195) wird mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Hildesheim folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Oeffentlichkeit karnevalistischer Veranstaltungen aller Art sind verboten.

Unter dies Verbot fallen insbesondere: 1. die Veranstaltungen öffentlicher karnevalistischer Umzüge und sonstige karnevalistische Veranstaltungen unter freien Himmel, 2. die Veranstaltungen öffentlicher karnevalistischer Aufführungen, öffentlicher karnevalistischer Vorträge und öffentlicher karnevalistischer Tanzlustbarkeiten in geschlossenen Räumen.

§ 2. Verboten ist auf öffentlichen Straßen und Plätzen, in öffentlichen Lokalen, bei öffentlichen Veranstaltungen oder Versammlungen. 1. … zeichen jeder Art, 2. … r Lieder, Gedichte und … ti und dergleichen.

… gen dieser Verordnung … stelle, wenn die Geld… tritt, bestraft. Der … sowie derjenige, der … nnten Art auffordert, … en Räumen duldet.

… Verkündigung in Kraft.

… ht.

… nügungssteuer

… von ihnen beschlossenen … in 3facher Ausferti… ßprotokolles der Ge…

… Mustersteuerordnungen … n absichtlich nicht an… Mts. können die Ge… er Steuerordnung des … Sätze geben, d. h. … fgeführten **Mindest**… g beschlossen werden. … Beschlußfassung be… eingesandten Steuer… debehörden zurückge… ebenfalls bis zum …

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Frhr. Quadt.

Bekanntmachung

Einige dringende Wohnungsfälle, sowie die zum Teil unwürdige Behausung einer Anzahl Einwohner der Stadt, zwingen die unterzeichneten Behörden Umschau zu halten, wo, bis zur Behebung der Not durch Neubauten, einige notleidenden Familien untergebracht werden können.

Beauftragte der unterzeichneten Behörden werden in den nächsten Tagen von 3 Uhr nachmittags ab ihre Arbeit beginnen.

Elbingerode, den 10. Januar 1922.

Wohnungsamt. **Mieteinigungsamt.**

Bekanntmachung.

Den Bürgern unserer Stadt, die, um keinen Verdienstausfall zu haben, meine gewöhnliche Sprechstunde nicht besuchen können, werde ich **jeden Mittwoch** von 5–7 Uhr abends im Rathause für **Rat und Auskunft** zur Verfügung stehen.

Elbingerode, den 10. Januar 1922.

Selke, Bürgermeister.

Lokales

und aus dem Harzgebiet.

Elbingerode, den 11. Januar 1922.

— **Die neuen Postgebühren nicht vergessen!** Man kann keinem Menschen zumuten, das hohe Strafporto zu zahlen. Seit 1. Januar kosten: Postkarten: im Ortsverkehr 75 Pfg., im Fernverkehr 1,25 Mk. Briefe: im Ortsverkehr bis 20 Gramm 1,25 Mk., über 20 Gramm bis 250 Gramm 2 Mk., im Fernverkehr bis 20 Gramm 2 Mk. 20—100 Gramm 3 Mk., 100—250 Gramm 4 Mk.

— **Der Wert der deutschen Mark** betrug am Sonnabend und Sonntag in Amerika 2,27 Friedenspfennige. Das entspricht einer Bewertung des Dollars mit 186,91 Mark, während in Berlin am Sonnabend amtlich 185,56 Geld notiert wurde.

— **Der Stand der deutschen Mark.** Die deutsche Mark erfährt gegenwärtig im Zusammenhang mit den bisherigen Ergebnissen von Cannes eine Höherbewertung, nämlich in Amerika auf 2,54 Friedenspfennige (Notiz von Montag abend). Das entspricht einer Bewertung des Dollars mit 157,58 Mk., während in Berlin Montag amtlich 168,33 Geldkurs notiert wurde.

— **Festsetzung eines angemessenen Kartoffelpreises für die Provinz Hannover.** Auf Anordnung des Staatskommissars für Volksernährung sind in den einzelnen Provinzen Ausschüsse zur Ermittlung der Kartoffelpreise, bestehend aus Vertretern der Landwirtschaft, des Kartoffelhandels, der Genossenschaften und der Verbraucher, zu bilden mit der Aufgabe, angemessene Preise an Hand gewisser Richtlinien zu ermitteln. Für die Provinz Hannover tagte diese Kommission am 29. d. Mts. Nach langwierigen Verhandlungen, in denen auf der einen Seite die Steigerung der Produktionskosten, auf der anderen Seite die Not der Verbraucherkreise, besonders der großstädtischen Bevölkerung, gebührend hervorgehoben wurde, wurde in der Form eines Gutachtens ein Erzeugerpreis waggonfrei Verladestation von 80—85 Mk. für rote und weiße Kartoffeln und 85—88 Mk. für gelbfleischige Kartoffeln pro Zentner als den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen angemessen betrachtet. VDH.

— **Wegen der Entschädigungspflicht für Maul- und Klauenseuche ist folgendes zu beachten:** „Der Tod oder die Notschlachtung eines Tieres gilt dann als durch die Maul- und Klauenseuche veranlaßt, wenn sie nach dem Zerlegungsbefund auf Organveränderungen zurückzuführen sind, die direkt der Einwirkung des Ansteckungsstoffes der Maul- und Klauenseuche ihre Entstehung verdanken. Alle Todes- oder Notschlachtungsfälle, soweit sie durch andere Krankheiten bedingt werden, welche zur Maul- und Klauenseucheerkrankung hinzugetreten sind, oder nachträglich sich an diese anschließen (sogenannte Begleit-, Neben-, Nach- oder Folgekrankheiten, wie Euterentzündung, Panaritium, Sehnenscheiden- und Gelenkentzündungen, Haut-, Unterhaut- und Muskelvereiterungen, Verjauchungen, Lungenentzündungen, Gebährmutterentzündungen, chronische Herzerweiterung, Lungenblähung, allgemeines chronisches Siechtum usw.) scheiden für die Entschädigung aus.“

— **Wann zahlt man Wohnungsluxussteuer?** Für die Wohnungsluxussteuer hat der Reichsarbeitsminister allgemeine Grundsätze aufgestellt. Der Ertrag darf nur zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und der Siedlung verwendet werden. Die Steuer darf nicht nach der Größe der Wohnfläche allein bemessen werden. Steuerfrei bleiben bei einer Einzelperson mit eigenem Haushalt wenigstens 3, für 2 Personen wenigstens 4, sonst 1 mehr als die Zahl der Personen. Räume zu dienstlichen, beruflichen oder gewerblichen Zwecken sind nicht zu zählen. Dienstwohnungen der Reichsbeamten bleiben innerhalb der von der Regierung bestimmten Grenzen steuerfrei. Dies gilt auch für sonstige Räume, die als erforderlich erachtet werden, ausdrücklich auch für den Gerichtspräsidenten, die Beamten der Reichsbank und die Wehrmacht, die Staatspräsidenten und Beamte der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, die Schutzpolizei, die Beamten der sonstigen Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechtes. Als Wohnräume gelten nicht Flur, Gang, Vorsaal, Veranda, Küche, Bad usw. Wohnungen bis zu 6 Räumen, die nach dem 1. Juli 1918 fertig gestellt sind, bleiben steuerfrei.

— **100 000 Mark Strafe für Schleichhandel.** Vor der Strafkammer in Magdeburg gelangte ein Schleichhandelsprozeß zur Verhandlung, der typisch für die Art der Geschäfte ist, durch die sich Schleichhändler Riesenvermögen auf Kosten der Allgemeinheit ergaunern. Angeklagt waren der Kaufmann Dankworth, der Kartoffelgroßhändler Fuhrmann, der Mehlhändler Fröhlich, sowie vier Landwirte aus dem Neuhaldenslebener Kreise. Dankworth hatte bei den Landwirten Weizen zum Preise von 160 bis 200 Mark für den Zentner gekauft, das Korn bei verschiedenen Mühlen mahlen lassen und dann das Mehl durch Fröhlich und Fuhrmann für 390 bis 425 Mark an Magdeburger Bäckermeister verkaufen lassen. Beim Einkauf und Verkauf bediente er sich Briefbogen mit dem Aufdruck „Lebensmittelamt der Stadt Magdeburg“ sowie eines Stempels mit dem Aufdruck „Magistrat der Stadt Magdeburg“. Dankworth wurde wegen Schleichhandels und Urkundenfälschung zu neun Monaten Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe, die übrigen Angeklagten zu Geldstrafen von 3000 bis 5000 Mark verurteilt und das von Rechts wegen.

Umsatzsteuerfreiheit der Genossenschaften. Die Vereinigung niedersächsischer Handelskammern in Hannover schreibt uns: „Wenn die Berufsvertretungen von Handel, Handwerk und Industrie der Erhöhung der Umsatzsteuer trotz entgegenstehender großer Bedenken zugestimmt haben, so geschah dies aus dem Gefühl heraus, daß jeder Beruf nach Maßgabe seiner Kräfte mithelfen müsse, der schweren Finanznot des Reiches zu steuern. Kaum glaubhaft, aber doch verbürgt, kommt jetzt die Nachricht, der Steuerausschuß des Reichstages habe beschlossen, Genossenschaften, Konsumvereine und dgl. von der Umsatzsteuer gänzlich zu befreien! Dieser Beschluß, gegen den sich die Reichsregierung selbst mit dem Hinweis gewandt hat, daß 6—8 Milliarden Mark Minusertrag für das Reich die Folge sein würde, bedeutet für Handel und Handwerk, ja für den ganzen gewerblichen Mittelstand, einen Schlag ins Gesicht. In einer Zeit, wo die gewerblichen Betriebe, namentlich die mittleren und kleineren Umfangs durch Sondersteuern aller Art (ungewöhnlich hohe Gewerbesteuern usw.) in ihrer Wettbewerbs- und Lebensfähigkeit stark beeinträchtigt werden, halten es Volksvertreter für angezeigt, die schärfste Konkurrenz des freien Handels und des freien Handwerks, die Genossenschaften, die schon an sich von Reichswegen vielfach begünstigt werden, nun auch noch in steuerrechtlicher Beziehung ganz ungewöhnlich zu bevorzugen. Die Vereinigung Niedersächsischer Handelskammern erhebt gegen diesen Beschluß, der wie Hohn auf den Grundsatz der Steuergerechtigkeit anmutet, schärfsten Einspruch. Sie hat sich in telegraphischen und schriftlichen Protesten an die Reichsregierung und an die Fraktion des Reichstags gewandt. Ferner wurden die maßgebenden Reichstagsabgeordneten aus Niedersachsen gebeten, sich mit allen Kräften gegen die Annahme des Ausschußbeschlusses durch das Plenum einzusetzen und insbesondere auf namentliche Abstimmung im Reichstage zu bringen, damit man draußen im Lande erfährt, welche Abgeordneten und welche Parteien eine solche mittelstandsfeindliche Steuerpolitik mitzumachen gewillt sind.“

— Vom Provinzialverband können den Besitzern von Einhufern, die an festgestellter oder mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmender übertragbarer Blutarmut (Anämie) gefallen oder wegen Verdachts dieser Seuche auf Verlangen oder mit Genehmigung der Provinzialverwaltung getötet sind, Beihilfen in Höhe von 4/5 des gemeinen Wertes der Tiere gewährt werden. Die Begutachtung, ob die Seuche für die Beihilfen-Gewährung als festgestellt oder mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, geschieht durch eine Kommission auf Grund von Richtlinien, die von der Provinzialverwaltung erlassen werden. Letztere bestimmt auch die Zusammensetzung der Kommission. Die Beihilfen können nicht gewährt werden, wenn der Besitzer oder dessen Vertreter den von der Kommission oder der Provinzialverwaltung getroffenen Anordnungen nicht nachkommt. Diese Bestimmungen sollen vom 1. Oktober 1921 in Kraft treten. Vorstehende Bestimmungen werden bei Zustimmung des Provinziallandtages demnächst als § 1 a der Viehseuchenentschädigungssatzung für die Provinz Hannover derart eingefügt werden, daß die sämtlichen anderen für die Entschädigungen des § 1 der Satzungen geltenden Bestimmungen auch für die Beihilfen-Gewährung in Anwendung zu bringen sind. Dieses gilt insbesondere von den Bestimmungen des § 3 (Anrechnung der Versicherungssumme und der noch verwertbaren Teile auf die Beihilfe) der §§ 4 und 5 (Ausschließung der Beihilfen) und des § 6 (Aufbringung der Kosten im Umlageverfahren). Auch die geltenden Bestimmungen über das Abschätzungsverfahren zwecks Feststellung des Wertes finden hier Anwendung, während dagegen die Feststellung des Krankheitszustandes durch die von uns eingesetzte Kommission geschieht. Demnach würden zur Erlangung der vorstehend genannten Beihilfen die Anträge der Besitzer durch die Herren Landräte bezw. die Magistrate nebst den erforderlichen Unterlagen (tierärztlicher Befund und Schätzungs-Protokoll) an uns einzureichen sein, zurückliegende Fälle kommen nur bis einschließlich 1. Oktober in Betracht. Da die vom Provinzialausschuß beschlossene Beihilfe-Gewährung zu ihrer Rechtsgültigkeit bestimmungsgemäß nach der Genehmigung des Provinziallandtags sowie des Herrn Landwirtschaftsministers bedarf, werden zwar die jetzt eingehenden Anträge, deren Einreichung sich ohne Verzug und laufend empfiehlt, ohne Aufschub bearbeitet und Entscheidung darüber getroffen werden, ob und in welcher Höhe den geschädigten Besitzern eine Beihilfe zu gewähren ist, jedoch muß die Auszahlung der Beihilfen bis zur Beschlußfassung durch den Provinziallandtag und den Herrn Minister aufgeschoben werden, falls nicht ganz besondere Umstände eine sofortige Auszahlung die unter dem Vorbehalte der — allerdings kaum zu erwartenden — Nichtgenehmigung seitens der genannten Stellen erfolgen würde, rechtfertigen würde. Den Besitzern ist ein Rechtsanspruch auf die Beihilfe nicht gegeben.

Blankenburg. Die Stadtverordneten beschlossen mit allen gegen eine Stimme die Wahl des neuen Stadtbaurats Dr. Weidlich zum besoldeten Stadtrat auf die Dauer von zehn Jahren. Man erhofft durch die Anstellung dieses neuen Beamten eine bessere und wirtschaftliche Geschäftsführung in den städtischen Betrieben. Im späteren Verlaufe der Sitzung wurde Dr. Weidlich vom Stadt.-Vorst. eingeführt und verpflichtet. Der Georgenhof-Hospitalkasse wurden 4000 Mk. bewilligt zur Deckung der Fehlbeträge für Licht, Wasser u. a. städtische Abgaben. Weiter beschäftigte sich die Versammlung noch mit einer Rechnung aus der Zeit des Arbeiter- und Soldatenrats. Für Fahrten mit dem Kraftwagen der Harzer Werke hat der A.- und S.-Rat 7 422,75 Mk. verbraucht. Der Staat trägt von diesen Kosten 1312,32 Mk., der Kreis 3788,26 Mk., die Stadt soll 2322,15 Mk. tragen. Der Rat der Stadt hat Bezahlung empfohlen, auf Antrag des Finanzausschusses hin aber wurde die Bewilligung versagt. Die Musikschule, die sich trotz der von der Stadt bewilligten Zuschüsse nicht halten kann, soll aufgelöst und die Instrumente möglichst an Musiker der Stadt verkauft werden. Schließlich stimmte man noch der Einführung einer Fremdensteuer zu.

Osterwieck. Holzversteigerung. Bei der Holzversteigerung wurde ein Erlös von insgesamt 51 241 Mark erzielt. Es wurden meist 200—300 v. H. über die Taxe gezahlt.

Krupp-Milchentrahmer

sind die besten,

Vorrätig bei

Ernst Lüders Nachf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220111-19/fragment/page=5